

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
Kreistagsfraktion
Rheinisch-Bergischer Kreis



AfD Kreistagsfraktion, c/o S. Weirauch, Weidener Str. 63, 51515 Kürten

Rheinisch-Bergischer Kreis
z.H. Landrat Stephan Santelmann
Am Rübezahlwald 7

51469 Bergisch Gladbach

Alternative für Deutschland
Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
c/o Sebastian Weirauch
Weidener Str. 63, 51515 Kürten
Tel.: 02268 90321
Mobil: 01578 3933563
Mail: fraktion@afd-rbk.de

Kürten, 17.09.2022

Sehr geehrter Herr Santelmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Unterfinanzierung der Gebietskörperschaften vom 31.08.2022. Wir bewerten die aktuelle Situation ähnlich und sehen starke Verwerfungen in der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen auf die deutsche Gesellschaft zukommen. Diese betreffen jedoch nicht nur die Gebietskörperschaften, sondern auch und mitunter existenziell die Bürger des Landes. Eine Reaktion auf diese aktuell sich zuspitzende Situation muss also sowohl die staatliche als auch die private Seite berücksichtigen.

In Ihrem Schreiben weisen Sie vor allem auf drei Faktoren der Kostenerhöhung hin: Die gestiegenen Energiekosten, zu denen bereits ein kreisweiter Energiegipfel durchgeführt wurde, die Umsetzung der sogenannten Mobilitätswende sowie die Einführung des Bürgergeldes ab 2023.

Bei der Bewertung der Probleme müssen unserer Meinung nach zwei Aspekte berücksichtigt werden: Welche Ursachen führten dazu und auf welchen Ebenen kann pragmatisch darauf eingewirkt werden?

Deutschland hat die höchsten Energiekosten weltweit. Dies macht deutlich, dass nicht nur exogene Ereignisse, sondern bewusste politische Entscheidungen zu dieser Entwicklung geführt haben, z.B. der frühzeitig beschlossene Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft, immer weiter steigende CO₂-Bepreisung etc. Als soziale Marktwirtschaft muss die Reaktion darauf ein erweitertes Angebot von günstiger Energie sein. Diese steht mitunter in Mengen zur Verfügung. Es bleibt also die politische Entscheidung zu treffen, diese Möglichkeiten auch zu nutzen. Sie als Landrat könnten hier Ihren maßgeblichen Einfluss auf führende Entscheidungsträger in Bund und Land geltend machen, z.B. hinsichtlich der notwendigen Abschaffung der CO₂-Steuer oder einer Anpassung von Mindestlohn oder Wohngeld an aktuelle Inflationsbedingungen.

Ein direktes Sparpotenzial im Rheinisch-Bergischen Kreis liegt in den energiepolitischen Projekten der Wasserstoffnutzung (H₂R-Projekt mit 400 Millionen Gesamtsumme) sowie bei der politisch forcierten Wasserstoffnutzung im ÖPNV. Zwei Drittel der Primärenergie werden bei der Nutzung von Wasserstoff als Treibstoff vernichtet. Bei einer Energieknappheit ist das nicht nur fahrlässig, sondern brüskiert auch alle Bürger, die zu Einsparungen aufgerufen werden. Hier kann auf Kreisebene direkt gehandelt werden.

Die Handlungsfähigkeit des Kreises beim Ausbau des ÖPNV ist ebenso gegeben. Generell ist der Ausbau des ÖPNV sinnvoll. Daher unterstützen wir diese Entwicklung. Jedoch müssen die getroffenen Maßnahmen evaluiert und an den Bedarf angepasst werden. Es darf nicht sein, dass Linien mit (fast) leere Bussen betrieben werden.

Besonders zynisch ist in diesem Zusammenhang, dass der Referent Lutz Woellert bei einer Veranstaltung des Zukunftsnetzes Mobilität NRW am 03.09.2022 den Kommunalpolitikern mitteilte, dass „genug Geld [für die Umsetzung der Maßnahmen] da sei“. Man müsse „es einfach machen“. Diese Aussage steht im krassen Gegensatz zu der von Ihnen geschilderten Situation im Kreis.

Auch die politisch gewollte Dekarbonisierung erzeugt auf regionale Energieversorger einen eklatanten Handlungsdruck. So kündigte die BELKAW – an der verschiedene Kommunen des Kreises beteiligt sind – an, nur noch auf sogenannten Ökostrom setzen zu wollen. Die Umstellung der Stromlieferung für Privat- und Gewerbekunden sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Klimaneutralität. Nur sollte abstrakte „Klimaneutralität“ nicht allein ausschlaggebend für Versorger von Strom, Erdgas, Wärme und Wasser sein. Gerade in Bezug auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bietet sich mehr denn je ein grundlastfähiger Energiemix aus konventionellen und erneuerbaren Energien an. Hier könnte der Kreis an den Pragmatismus des Unternehmens appellieren.

Ihre Kritik am „Bürgergeld“ teilen wir. Eine leistungsunabhängige staatliche Zahlung entspricht weder dem Leistungsprinzip, noch dem Lohnabstandsgebot. Für alle Menschen, die tagtäglich die Güter und Dienstleistungen erwirtschaften müssen, die mit dem Bürgergeld gekauft werden, ist dies unverständlich. Auf Kreisebene können diese Entscheidungen nicht beeinflusst werden. Sinnvolle Initiativen auf Bundesebene wären jedoch zu unterstützen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat in der Summe ein nicht unerhebliches Handlungspotenzial. Dieses muss umgesetzt werden, bevor eine Gegenfinanzierung durch übergeordnete Ebenen gefordert wird. Aber auch ein geänderter Finanzfluss führt lediglich dazu, dass die Bürger diese Mittel auf anderem Wege aufbringen müssen. Letztlich ist ein grundlegender Politikwechsel notwendig, der die tagtäglichen Belange der Bürger in den Vordergrund stellt.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen während der Zeit des Wirtschaftswunders haben gezeigt, dass diese zu Wohlstand und gesellschaftlichem Frieden führen. Dieser Weg muss wieder eingeschlagen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Harald Weyel
(MdB)

Carlo Clemens
(MdL)

Sebastian Weirauch
(Vorsitzender AfD-Kreistagsfraktion)